

**„Ich bin zuversichtlich, dass Sachsen und auch Schleswig-Holstein am Ende diesem Gesetz zustimmen werden“**

Baden-Baden: Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende, Carl-Ludwig Thiele, ist überzeugt, dass es beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz bald zu einer Einigung zwischen Bund und Ländern kommt. Bei dem für Sonntag geplanten Gespräch zwischen Kanzlerin Merkel, FDP-Chef Westerwelle und dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Carstensen seien mehrere Varianten im Gespräch, darunter mehr Geld für Bildung oder mehr Möglichkeiten für Hilfen aus dem Konjunkturpaket II, so Thiele im Südwestrundfunk (SWR). Ziel des Steuererleichterungspaketes sei es, wieder Wachstum zu schaffen, um damit die Krise zu überwinden und Arbeitsplätze zu sichern. Der FDP-Finanzexperte wies darauf hin, dass das Gesetz schließlich im Koalitionsvertrag festgeschrieben sei, der ja auf den Parteitag von CDU und FDP von allen Beteiligten einstimmig verabschiedet worden sei.

**Wortlaut des Live-Gesprächs:**

**Hackländer: Das derzeit wichtigste schwarz-gelbe Reformprojekt droht zu scheitern, weil die Länder nicht mitspielen beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Zustimmung im Bundesrat nur bei entsprechender Kompensation der drohenden Steuerausfälle heißt es aus Schleswig-Holstein und seit neuestem auch aus Sachsen. Hätten Sie gedacht, dass die eigenen Reihen solche Schwierigkeiten machen würden?**

Thiele: Die Schwierigkeiten zeichneten sich ja ab. Wobei an dieser Stelle natürlich zunächst festzustellen ist, dass wir in der größten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik sind. Die Wirtschaft wird in diesem Jahr 4 bis 5 Prozent weniger wachsen als in der Vergangenheit. Daher müssen alle Weichen so gestellt werden, dass sie wieder wachsen kann. Von dieser Krise sind viele Beschäftigte betroffen, viele haben ihre Arbeitsplätze verloren, andere haben Sorge um ihre Arbeitsplätze. Deshalb ist es das Ziel der neuen christlich-liberalen Bundesregierung, Wachstum zu schaffen, damit weniger Menschen Angst um ihre Arbeitsplätze haben müssen. Und das ist auch der Grund, warum wir dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetz überhaupt zwei Monate nach der Bundestagswahl im Deutschen Bundestag verabschiedet haben.

**Hackländer: Aber genau diese Krise haben die Länder ja auch im Kopf. Hinter beiden Blockadehaltungen steckt doch die Sorge, dass sich die Länder trotz Schuldenbremse weiter verschulden, und dass wichtige Aufgaben, beispielsweise im sozialen Bereich nicht mehr finanziert werden können.**

Thiele: Die öffentliche Hand hat natürlich auch Mindereinnahmen auf Grund dieser Krise, weil die Steuereinnahmen nicht mehr so fließen wie in der Vergangenheit. Das ist so und das wird auch überhaupt nicht bestritten. Aber entscheidend dafür, dass es wieder höhere Steuereinnahmen gibt, ist, dass die Beschäftigung so hoch bleibt wie sie ist, oder dass sie noch zusätzlich wächst. Dafür müssen jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden.

**Hackländer: Sie sprechen von Mindereinnahmen. Sagen Sie mal ganz konkret was würden sie an Stelle von Stanislaw Tillich, dem Ministerpräsidenten von Sachsen tun,**

**wenn Ihnen im nächsten Haushalt zig Millionen Euro fehlen würden? Auf den Ausbau der Kleinkinderbetreuung verzichten, Jugendsozialarbeit einschränken?**

Thiele: Nein, ich würde als erstes das machen, was wir alle brauchen, auch in Sachsen, und Schleswig-Holstein: Die Weichen für mehr Wachstum stellen. Denn ohne Wachstum kommen die Länder überhaupt nicht aus der Problematik hinaus. Die Kommunen auch nicht, der Bund allerdings ebenso nicht. Und da ist es für mich ein gutes Zeichen, dass in jüngster Zeit die Wachstumserwartung für das nächste Jahr von 0,5 Prozent auf 1,6 Prozent hochgegangen ist. Wir sind auf dem richtigen Weg. Ich kann mich nicht aus den Problemen einfach nur raussparen, sondern ich muss alles daran setzen, dass unser Land wieder in Gang kommt, dass wir wieder Vertrauen in die Zukunft fassen. Und das ist mit dem Gesetz, welches der Bundestag am Freitag letzter Woche beschlossen hat, vorgesehen.

**Hackländer: Was hat Vorrang für Sie: Steuererleichterungen oder die Einhaltung der Schuldenbremse?**

Thiele: Das muss sich überhaupt nicht ausschließen. Denn für mich ist ebenso die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wichtig. Aber die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erreichen sie überhaupt nicht ohne Wachstum. Mir hat am Tag nach der Bundestagswahl der SPD-Staatssekretär Karl Diller aus dem Finanzministerium geantwortet, dass ein Prozent Wachstum für den Staat Steuer Mehreinnahmen von 5,5 Milliarden pro Jahr bedeuten. Zusätzlich kommt es zu Mehreinnahmen von 3,5 Milliarden pro Jahr an Sozialversicherungsbeiträgen. Es sind auch weniger Ausgaben nötig, weil weniger Sozialleistungen gezahlt werden müssen. Im Sinne einer Faustformel, so zitiere ich Herrn Diller, kann daher gesagt werden: Ein Prozent mehr Wachstum verbessert das öffentliche Finanzierungssaldo um ein halbes Prozent. Und genau das wollen wir.

**Hackländer: Eine Rechnung, an die die Länder wohl nicht so recht glauben mögen. Am Sonntag ist ein Krisentreffen mit der Kanzlerin. FDP-Chef Westerwelle und dem derzeit renitentesten CDU-Ministerpräsidenten Peter-Harry Carstensen geplant. Welche Zugeständnisse sind Ihrer Meinung nach legitim? Investitionen in die Bildung, mit denen die Kultusministerin lockt oder ein Entgegenkommen bei den Hartz IV Wohnungskosten, was laut Tillich auch im Gespräch ist.**

Thiele: Also, es sind jetzt einige Dinge im Gespräch. Und es ist vollkommen richtig: Wenn die Länder die Sorge haben, ob das auch wirklich die richtige Maßnahme ist, dann muss man sich darüber unterhalten. Diese Gespräche hat es im Übrigen auch in der Vergangenheit gegeben.

**Hackländer: Was schlagen Sie vor?**

Thiele: Weil Bund und Länder in vielen Bereichen unterschiedliche Interessen haben, hat es vor dem Bundesrat häufig Gespräche gegeben. Den Vorschlägen will ich gar nicht vorgreifen. Wir brauchen mehr Bildung, dafür setzen wir uns innerhalb der Koalition ein, aber es ist von den Ländern zum Beispiel auch in Aussicht gestellt worden, die Zusätzlichkeit bei weiteren Maßnahmen zu streichen, das würde nicht einmal Geld kosten. Ich bin zuversichtlich, dass Sachsen und auch Schleswig-Holstein, die beide von Union und FDP geführt sind, am Ende diesem Gesetz zustimmen werden. Denn die Koalitionsvereinbarung sah ja genau die Maßnahmen vor, die wir nun mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz verabschiedet haben. Und diese Koalitionsvereinbarung ist schließlich einstimmig von den Parteitag von Union und FDP verabschiedet worden.